

TROTZ 650 UNTERSCHRIFTEN

Kein neuer Bahnhof in Tremsbüttel

vom 31. März 2014

Aus der Redaktion des Stormarner Tageblatt

Gemeindevertretung lehnt Antrag der Initiative „Wir für S 4“ für einen Haltepunkt der Bahn am Fischbeker Weg mit großer Mehrheit ab. Stopp „Kupfermühle“ in Sattenfeld bleibt erhalten

Der Einwohnerantrag für einen neuen Bahnhof in Tremsbüttel wird abgelehnt. Das beschloss eine große Mehrheit der Gemeindevertretung und folgte damit der Entscheidung des Bauausschusses. Fast 650 Unterschriften hatte die Initiative „Wir für S 4“ zuvor gesammelt, die sich pro Neubau eines Haltepunkts beim Fischbeker Weg aussprachen. Der Beschluss kann allerdings noch gekippt werden, wenn sich die Gemeinde oder das Schienennetz weiterentwickeln. Dieser Formulierung stimmten zehn Gemeindevertreter zu. Die Sorge, dass es sonst am Ende gar keinen Bahnhof mehr in der Gemeinde gibt, bestimmte ihre Entscheidung.

Trotz anderer Mehrheitsverhältnisse seit der Kommunalwahl bleibt damit der Beschluss vom Mai vergangenen Jahres gültig, der sich für den Erhalt der Station Kupfermühle aussprach. Bürgermeister Norbert Hegenbart (KWG) hatte sich für eine Aufhebung ausgesprochen. „Damit wäre der Bestand von Kupfermühle gefährdet“, sagte CDU-Fraktionsvorsitzende Ines Moritz. Bei einer Aufhebung werde sie rechtliche Beschwerde einlegen, weil das ein Verstoß gegen die Gemeindeordnung sei. „Wir wollen die Sattenfelder nicht in Angst und Schrecken über ihre Station versetzen“, sagte sie.

Zweites Konfliktthema ist der geplante Ausbau der Hauptstraße. Der Kreis möchte eine Fahrbahnbreite von 6,50 Metern realisieren. Hier sind sich aber alle Kommunalpolitiker einig, dass sechs Meter ausreichend seien. Eine breitere Fahrbahn werde deutlich mehr Durchgangsverkehr anziehen, so Hermann Thaele (SPD). Er befürchtet, dass so ein Autobahnzubringer entstehen wird, der auch den Schwerverkehr in die Gemeinde zieht. Die Gemeindevertreter sollten sich deshalb auf eine schmalere Fahrbahn festlegen. Auf die Tagesordnung kam dieser SPD-Antrag aber nicht, eine Mehrheit der KWG lehnte das ab. Gleichwohl wurde der Punkt intensiv diskutiert. Einig sind sich die Ortspolitiker darin, die Ausbaukosten für die Anlieger möglichst gering zu halten.

„Wir haben kein Mitentscheidungsrecht in der Frage der Fahrbahnbreite“, so Hegenbart, „der Kreisverkehrsausschuss hat diese Planung bereits abgesegnet.“ In der jetzigen Vorplanungsphase möchte der Kreis Fördermittel des Landes beantragen. Hegenbart will aber weiter darauf dringen, dass die Planungen in Tremsbüttel präsentiert werden. Bisher sei er bei der Bauabteilung des Kreises damit aber abgeblitzt. Einem absoluten Mehrheitsvotum in der Gemeindevertretung werde sich der Kreis nicht entgegenstellen, sagte Thaele.

Auch Ines Moritz sieht noch Chancen: „Ich empfehle ein Bürgerbegehren nach der neuen Gemeindeordnung“, sagte sie. Bis zur Klärung der Straßenbreite solle die Gemeinde noch keine Beschlüsse fassen. Zur Fahrbahn gibt es den auch noch nicht, wohl aber zum Geh- und Radweg. „Wir brauchen diese Entscheidung bis zum Juni, damit wir Fördermittel erhalten“, so Jürgen Müller (KWG), der Vorsitzende des Bauausschusses.

Die Entscheidung fiel gegen die Stimmen der CDU für einen Geh- und Radweg von mindestens 1,50 Metern Breite. Wo das ohne Grunderwerb möglich ist, soll er zwei Meter breit werden. Dazu kommt ein Seitenstreifen von 25 Zentimetern.

Autor: jpm